Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24. November 2025 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat Gregor Süssli ohne Gegenantrag als Nachfolger für den zurücktretenden Bruno Heinzelmann als neues Mitglied des Verwaltungsrats der EKZ gewählt (<u>KR-Nr.</u> 329/2025).

Der Kantonsrat hat mit 94 Stimmen das Postulat betreffend «Humanitäre Hilfe für Kinder» dringlich erklärt (<u>KR-Nr. 358/2025</u>). Der Regierungsrat hat nun fünf Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Anschliessend wird der Kantonsrat definitiv über die Überweisung des Postulates entscheiden.

Der Kantonsrat hat die Detailberatung des totalrevidierten Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) fortgesetzt, die er Mitte September begonnen hatte (5923). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt – ausser bei §21b. Der Rat hat einem Minderheitsantrag mit 87 zu 86 Stimmen zugestimmt. Damit können an einem Schlichtungsverfahren beteiligte Personen eine Teilnahme am Verfahren ablehnen. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung. Das IDG regelt den Umgang mit Informationen, bezweckt ein transparentes Handeln der öffentlichen Organe und stärkt den Schutz der Grundrechte von Personen, über die öffentliche Organe Daten bearbeiten.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24. November 2025 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2024 des Forensischen Instituts Zürich (FOR) ohne Gegenantrag genehmigt (6028). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 170 zu 0 Stimmen einer Änderung des Zusatzleistungsgesetzes zugestimmt (<u>KR-Nr. 278/2023</u>). Rückerstattungsansprüche sollen neu nach Ablauf von fünf Jahren verjähren, nachdem das mit der Durchführung betraute Organ davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber nach Ablauf von zehn Jahren nach Entrichtung der einzelnen Beihilfezahlung.

Der Kantonsrat hat den Objektkredit über 7,7 Millionen Franken zulasten des Sportfonds für die Instandsetzung des Hallenbads des Zürcher Sportzentrums Kerenzerberg ohne Gegenantrag genehmigt (6035). Um die Barrierefreiheit sicherzustellen, sollen die Garderoben und der Regenerationsbereich auf das Eingangsgeschoss angehoben und erneuert werden.

Der Kantonsrat hat mit 117 zu 53 Stimmen das Postulat betreffend «Kantonspolizei: Vertrauen in Polizei stärken» von SP, Grüne und AL abgelehnt, mit dem gefordert wurde, zu prüfen, wie Weiterbildungsprogramme zu Grundrechten, Antidiskriminierung, Racial-Profiling-Prävention und Deeskalation verbindlich in die Aus- und Weiterbildung der Polizei integriert sind (KR-Nr. 287/2025). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit168 zu 0 Stimmen verschiedenen Änderungen am Verwaltungsrechtspflegegesetz und am Kantonsratsreglement zugestimmt (KR-Nr. 219/2025). Damit werden zwei Entscheide des Bundesgerichts im Zusammenhang

mit dem Übertritt von Kantonsrätin Isabel Garcia von der GLP zur FDP im Jahr 2023 und mit verschiedenen Beschwerden der Städte Zürich und Winterthur betreffend Verbundfahrplan 2022–2023 umgesetzt. Die Resultate der Kantonsratswahlen und Entscheide des Verkehrsrates können künftig vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden.

Der Kantonsrat hat mit 76 Stimmen die parlamentarische Initiative der SVP betreffend «Standesinitiative: Separate Prämienregion für Asylsuchende» vorläufig unterstützt (KR-Nr. 316/2025). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat mit 135 Stimmen die parlamentarische Initiative der FDP betreffend «Stärkung der IKT-Aufsicht durch den Kantonsrat» vorläufig unterstützt (<u>KR-Nr. 342/2025</u>). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Aufhebung der Sammeltagbeschränkung beim Pilzesammeln» von GLP, SVP und FDP mit130 zu 30 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 184/2024).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Gleiches Verfahren von erneuerbaren privaten Energieträgern (Windkraft)» von GLP und Mitte mit 90 zu 67 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 208/2024).

(nic.)